

**FDP Soest**

## **Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014**

### **1. Grundsätzliches**

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Ziel liberaler Politik. Auch wenn wir in einer der freiesten Gesellschaften dieser Welt leben, bleibt der Einsatz für Freiheit doch stete Aufgabe und Herausforderung. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben mit allen Chancen auf persönliches Glück und Entfaltung der eigenen Lebensziele ein. Deshalb sind Liberale immer auch vor Ort engagiert. Denn Städte und Gemeinden sind die Basis unseres Gemeinwesens. Das wesentliche Ziel liberaler Kommunalpolitik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Höchstmaß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

Wir bauen auf den mündigen Bürger. Die freie Bürgergesellschaft lebt von seiner individuellen Stärke, seiner Bereitschaft, Verantwortung für sich und seine Mitbürger zu übernehmen, seinem Engagement, alleine oder im freiwilligen Zusammenschluss mit anderen. Die Bürgergesellschaft entsteht vor Ort durch das Miteinander und Füreinander der Bürger.

Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht eine Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert. Um die Kräfte unserer Bürger zur Entfaltung zu bringen, bedarf es einer Politik, die besonnen die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Deshalb ist unsere Politik pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert.

### **2. Haushaltspolitik - die Herausforderung unserer Zeit**

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben als man hat. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, dem alle vernünftigen Menschen auch in ihren privaten Angelegenheiten folgen. Das ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn es ist nicht akzeptabel, künftigen Generationen hohe Schuldenberge zu hinterlassen. Gerade den nordrhein-westfälischen Kommunen wurden vom Land besonders viele Aufgaben übertragen, ohne hierfür das notwendige Geld zu erhalten. Die rot-grüne Landesregierung wird diesen Weg weitergehen, indem sie die Kommunen z. B. mit den Kosten für die Inklusion, den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, alleine lässt.

Der Solidaripakt Ost ist nicht mehr zeitgemäß. Die Unterstützung der Kommunen darf nicht mehr nach der Himmelsrichtung, sondern muss nach dem tatsächlichen Investitionsbedarf erfolgen.

Unsere Stadt leidet unter einem strukturellen Haushaltsdefizit. Unsere Einnahmen reichen auch nicht aus, um unsere Ausgaben zu decken. In den vergangenen Jahren haben wir spürbare Kosteneinsparungen erzielen können. Die Zusammenlegung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Stadthallen GmbH wurde von uns Liberalen in 2010 vorgeschlagen und im Jahr 2013 umgesetzt. Solche Synergien gilt es weiter zu heben, so z. B. in einer Kooperation zwischen den Stadtwerken und den Kommunalen Betrieben Soest.

Die Stadt darf zukünftig nicht mit zusätzlichen dauerhaften Ausgaben belastet werden. Uns Liberalen ist es zu verdanken, dass das falsche Konzept der Adam-Kaserne im Rahmen der Regionale nicht umgesetzt wurde. Darauf sind wir stolz. Wäre das Konzept angegangen worden, wäre die Stadt auf viele Jahre mit Mehraufwendungen in Höhe von mehr als einer halben Million jährlich belastet worden. Die Adam-Kaserne wird auch ohne das Regionale-Programm und das finanzielle Engagement unserer Stadt entwickelt werden.

Eine solche dauerhafte Belastung droht das Klinikum der Stadt Soest zu werden. Die gute Versorgung der Patienten, die dort geleistet wird, steht nicht im Einklang mit der wirtschaftlichen Führung des Unternehmens. Die Geschäftsleitung hat in den vergangenen Jahren sowohl in ihren Prognosen und Investitionen als auch in ihren Finanzierungsentscheidungen Fehler gemacht, die das Unternehmen belastet haben und auch zukünftig stark belasten werden. Sollte es zu erneuten Verlusten bei diesem Tochterunternehmen kommen, wird die Stadt Soest zu Unterstützungsmaßnahmen gezwungen sein.

Eine wirtschaftliche und juristische Unterstützung des Klinikums ist dringend erforderlich. Die FDP Soest hat zur Unterstützung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung vorgeschlagen, einen Beirat mit fachkundigen Mitgliedern einzurichten.

Eine Einschränkung unserer freiwilligen Leistungen für die Bürger unserer Stadt (Stadtbücherei, Stadthalle, Musikschule, Museen, Wirtschaftsförderung etc.) lehnen wir ab. Gleichwohl sind alle diese Institutionen aufgerufen, mit Unterstützung der Verwaltung und der Politik die Belastungen für den Soester Haushalt zu senken. Bürgerschaftliches Engagement und Sponsoring durch Unternehmen sind in diesen Bereichen sehr zu unterstützen. Wir danken allen ehrenamtlich tätigen Mitbürgern und Sponsoren für ihre Hilfe in den vergangenen Jahren.

Eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern lehnen wir ab. Wir setzen auf Zuzug von neuen Bürgern und Unternehmen in unsere Stadt. Dadurch erhöhen wir die Zuweisungen des Landes und die Einnahmen aus Gewerbesteuern. Erhöhungen der Belastungen unserer bereits ansässigen Bürger und hiesigen Unternehmen werden wir nicht zustimmen.

Das strukturelle Defizit unserer Stadt muss durch die Verringerung der Belastungen von außen gesenkt werden. Der Kreis Soest muss sich mehr bemühen, die Kreisumlage wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. All unsere Bemühungen der vergangenen Jahre, den Haushalt unserer Stadt auszugleichen, wurden durch die Erhöhung der Zahlungen an den Kreis Soest wieder zunichte gemacht.

Dafür wollen wir Soester Liberale uns gemeinsam mit den anderen FDP-Ortsverbänden des Kreises verstärkt einsetzen. Die Mehrausgaben des Kreises gefährden die freiwilligen Leistungen in unserer Stadt.

### **3. Stadtentwicklung**

#### **3.1. Innenstadt**

Wir Soester leben gern hier in unserer Stadt. Die beeindruckenden Kirchen und die vielfältigen Wohnhäuser aus Fachwerk oder Grünsandstein geben Soest das unverwechselbare Bild einer historisch gewachsenen Stadt mit einer besonderen Identität, die Ihresgleichen sucht.

Natursteinpflaster, Grünsandsteinmauern, markante Bäume, großer Teich und Bachläufe runden den nachhaltig positiven Eindruck, den auch zunehmend viele Besucher unserer Stadt gewinnen, ab.

Unsere historisch geprägte Stadt gilt es zukünftig behutsam weiter zu entwickeln. Unsere vielen Baudenkmäler verdienen hohen Schutz und unsere besondere Beachtung. Gleichwohl dürfen die Belange der Eigentümer dieser Bauten nicht ignoriert werden. Ein Denkmal zu unterhalten und es zu pflegen, ist keine einfache Aufgabe. Daher sollten all diejenigen, die

sich in unserer Stadt dieser Aufgabe gestellt haben, Unterstützung durch Rat und Politik erfahren. Leider ist das nicht immer so.

Genehmigungen für Anträge (z.B. Renovierungen an Fassaden, Fenstern, Türen etc. oder auch Umbauten) dauern häufig zu lange. Allein die Kosten für Architekten und Bausachverständige in diesen Genehmigungsprozessen sind für die Hauseigentümer eine kaum tragbare Belastung. Renovierungen werden durch die administrativen Hindernisse eher verschoben als durchgeführt. Das muss sich ändern. Wir halten es für ein fatales Signal der Landesregierung, aus der Denkmalpflege und dem Denkmalschutz langfristig ganz auszusteigen.

Die privaten Eigentümer der Gebäude in der Innenstadt werden auf so manche harte Probe gestellt. Gestaltungssatzung und Denkmalsatzung stellen schon reichliche Hürden dar. Dazu kommen dann Baumschutzsatzung und Erhaltungspflicht der Grünsandsteinmauern. Wenn zudem noch, so wie unlängst von der SPD Soest gefordert, ein Bebauungsverbot für die Gärten der Innenstadt beschlossen würde, ist mit einer solchen kalten Enteignung der Bürger die Grenze des Erträglichen überschritten.

Die FDP Soest lehnt solche Eingriffe in die persönlichen Rechte der Bürger unserer Stadt ab. Wir stehen zu rechtsstaatlichen Prinzipien. Es gilt der Vertrauensschutz in bestehende Bebauungspläne.

Bei Veränderungen dieser Bebauungspläne sind auf der Basis von Recht und Gesetz die Interessen der Betroffenen abzuwägen und entsprechend zu entscheiden.

Aus unserer Sicht lassen sich durch gezielte Festlegungen der bebaubaren Flächen in den zu ändernden Bebauungsplänen Freiflächen schaffen, die den grünen Charakter unserer Stadt erhalten. Eine stark verdichtete Bebauung darf nur noch in gut begründeten Ausnahmen möglich sein.

Der von den Soester Liberalen schon in 2011 in öffentlicher Sitzung in der Ressource geforderte und diskutierte Gestaltungsbeirat ist mittlerweile in Soest installiert und aktiv. Die qualifizierten Beiratsmitglieder geben wertvolle Hinweise für anstehende Bauvorhaben und Veränderungen an bestehender Bausubstanz. Diese Hinweise werden im Stadtentwicklungsausschuss in den Entscheidungsfindungen berücksichtigt. Dem Ziel einer qualitativen Weiterentwicklung der innerstädtischen Stadtentwicklung sind wir mit der Installierung dieses Gestaltungsbeirates ein großes Stück nähergekommen. Das öffentliche Tagen dieses Gremiums würden wir sehr begrüßen.

### **3.2. Baugebiete**

Das Angebot an Bauplätzen in unserer Stadt ist nach wie vor unbefriedigend. Diese Verknappung wird von der Verwaltungsspitze der Stadt künstlich herbeigeführt. In den vergangenen Jahren stand mit nur wenigen Ausnahmen das Baugebiet am Ardey zur Verfügung. Alternativen wurden in Soest nur sehr begrenzt zugelassen, da die Stadt Soest die Vermarktung der Bauplätze selbst steuern will. Aus unserer Sicht ist das die falsche Politik. Die Stadt muss einen Rahmen setzen für einen funktionierenden Grundstücksmarkt. Die wenigen Grundstücke außerhalb des Baugebietes Ardey sind kaum zu bezahlen, wenn die wenigen Baulücken überhaupt zum Verkauf stehen.

Die Eigenvermarktung des Baugebietes Ardey wird der Stadt Soest nach der Gesamtabrechnung wahrscheinlich einen spürbaren Verlust einbringen. Mit dem Erwerb der Adam-Kaserne wollte die Verwaltungsspitze diese fehlgeschlagene Politik fortsetzen. Die FDP Soest setzt sich für eine schnelle Überplanung des Geländes der Adam-Kaserne ein, um für den Wohnungsmarkt neue Angebote zu schaffen.

Weiterhin ist das Baugebiet zwischen Bergenring und Teinenkamp zur Erschließung freizugeben. Damit wird nicht nur ein weiteres Angebot an Grundstücken erreicht, es wird zudem damit auch zum Lückenschluss des Lärmschutzes zum äußeren Ring kommen.

Diese Verbesserung des Angebotes an Baugrundstücken muss sehr zügig herbeigeführt werden. Die bauwilligen Bürger sollen noch das derzeit günstige Zinsniveau nutzen können. Auch die in Soest ansässigen Kreditinstitute beklagen seit längerem diese Politik des geringen Angebotes.

Leider wandern aus diesem Grund auch Bauwillige in die umliegenden Gemeinden ab, die diese falsche Politik unserer Stadt nutzen.

### **3.3. Umweltpolitische Maßnahmen**

Die grüne Gestaltung unserer Innenstadt ist leider ein beklagenswertes Stückwerk ohne klare Konzeption. Einige Maßnahmen der Vergangenheit wie die Freilegung der Bachläufe waren erfreuliche Vorhaben. Die Mängel überwiegen leider.

So fehlt es insbesondere an einer nachhaltigen Konzeption für die das Stadtbild prägenden größeren Bäume. Unsere innerstädtischen Plätze wie der Hansaplatz, der Platz zwischen Dom und Rathaus sowie der Marktplatz weisen wenn überhaupt nur einige wenige Bäume auf, denen aber jede Möglichkeit für Wuchs und Entfaltung genommen ist. In der Fußgängerzone befindet sich ebenfalls kein Grün. Eine „mobile“ Bepflanzung, wie sie von einer anderen Fraktion unlängst gefordert wurde, lehnen wir als unzureichend ab. Es werden immer wieder Bäume auf öffentlichen Flächen beseitigt, aber Neupflanzungen absichtlich vermieden. So wurden auch bei der Gestaltung des Petrikirchhofes keine zusätzlichen Bäume vorgesehen. Die immer wieder angeführte Begründung liegt in der Kirmes, die für die Fahrgeschäfte ausreichend Platz benötigt. Wir Liberale sehen das mittlerweile etwas anders. Seitdem die Sicherheitsvorschriften für Volksfeste verschärft wurden und die Abstände zwischen den Ständen deutlich vergrößert werden mussten, sehen wir gute Möglichkeiten für eine bessere Begrünung der innerstädtischen Plätze.

Wenn wir Soester wollen, dass große Bäume weiter unser Stadtbild prägen, müssen wir rechtzeitig für Ersatz sorgen, denn die Lebensdauer unserer jetzigen Begrünung ist begrenzt. Im öffentlichen Bereich wird eine solche Politik bisher nicht verfolgt, da die Bäume der Stadt auch nicht geringe Kosten verursachen. Im privaten Bereich ist die Situation auch kritisch zu sehen. Die Baumschutzsatzung schützt zwar die jetzt vorhandenen Bäume, aber sie verhindert bei natürlichem Abgang des vorhandenen Bewuchses eindeutig Nachpflanzungen in den Gärten der Bürger.

Wir Liberale fordern daher ein Programm der „100 neuen Bäume“ für unsere Innenstadt auf öffentlichen Flächen. Die Baumschutzsatzung sollte nur noch für den historischen Stadtkern Geltung besitzen.

### **3.4. Weitere Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung**

Die eingesetzte Sanierung der historischen Wallanlagen unterstützen die Soester Liberalen ohne jede Einschränkung. Die Wälle mit ihren Gräften sind nicht nur historisch für unsere Stadt sehr bedeutend, sondern sie sind auch der kleine Soester Naherholungsbereich.

Der Soester Stadtpark bedarf einer Überprüfung auf Verbesserung der Gesamtsituation. Die Maßnahmen, die im Rahmen der Bewerbung für die Landesgartenschau angedacht waren, könnten hier Anregungen geben.

Das Bahngelände am Schwarzen Weg ist einer gleichen Überprüfung zu unterziehen. Hier bedarf es einer städtebaulichen Konzeption für die weitere Entwicklung der großen Fläche. Schon in 2010 stellten die Soester Liberalen den Antrag auf ein Regionale-Projekt, die ehemalige Bahntrasse der WLE vom Bahnhof in das Industriegebiet Süd-Ost in einen Radweg umzuwandeln, da auf der Strecke kein Bahnverkehr mehr erfolgte und zukünftig auch nicht zu erwarten war. Dieser Vorschlag wurde von der

Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Verwaltungsspitze damals komplett ignoriert. Durch unsere Anfrage bei der WLE kam jedoch der Stein ins Rollen. Die WLE betrieb

ihrerseits die Stilllegung der Strecke und bot in 2012 der Stadt Soest die Strecke zum Erwerb an. Die Strecke steht nunmehr im Eigentum der Stadt Soest. Einige für den Radweg nicht benötigte Teilgrundstücke werden an ansässige Unternehmen weiterverkauft.

Wir Liberale drängen nun auf die Erstellung des Radweges und die Anbindung an den Radweg Richtung Möhnesee.

#### **4. Wirtschaftspolitik**

Die Zukunft der Kommune und der Region hängt entscheidend von ihrer Wirtschaftskraft und der Zahl und Art der Arbeitsplätze ab. Wir sind für ein professionelles Stadtmarketing, Tourismusförderung und die Ausweisung neuer Gewerbegebiete und gegen eine Erhöhung der Grundsteuern A und B und der Gewerbesteuer, weil diese Unternehmer und Steuerzahler aus unserer Kommune vertreiben.

Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen ist die Stadt Soest in den letzten Jahren nur wenig vorangekommen. Das hat eine Vielzahl von Gründen. Aus unserer Sicht fehlt es bei den politischen Fraktionen an breiter Unterstützung für die Akquisition von Unternehmen. Das Verhalten einiger Fraktionen bei den Plänen der Fa. Kuchenmeister auf dem Gelände der alten Zuckerfabrik war dafür symptomatisch. So stimmten diesen Fraktionen gegen die gesamte Planung, weil die Firma Kuchenmeister nicht bereit war, Lärmschutzmaßnahmen am äußeren Ring, für die die Stadt aufkommen muss, zusätzlich zu finanzieren. Dabei ging es um eine einmalige Summe von weniger als eine 1 Million €. Die Gewerbesteuerzahlungen der Firma übertreffen diese Größenordnung deutlich. So riskierten diese Fraktionen den Wegzug dieses alt eingesessenen Unternehmens aus Soest. Für ein derartiges Verhalten hat die Soester FDP kein Verständnis.

Für Investitionen, Arbeitsplätze und Gewerbesteuer muss unsere Stadt bereit sein, Gegenleistung zu bringen. Die genannten anderen Fraktionen sind dazu nicht bereit, forderten aber unlängst im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Wie soll das zusammen passen?

Auch die Verwaltungsspitze und die die Geschäftsführung der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH zeigten bei Ansiedlungsinteresse ein nicht nachvollziehbares Verhalten. So wurde eine Anfrage der Fa. Decathlon (großangelegtes Sportfachgeschäft) für das Grundstück an der Arnberger-Straße / Ecke Ringstraße bereits im Vorfeld mit Verweis auf das Einzelhandelskonzept der Stadt Soest abgelehnt. Eine Ausnahmegenehmigung sei im Rat der Stadt nicht mehrheitsfähig. Wir sind der Ansicht, dass es einen Versuch wert gewesen wäre, die Ansiedlung dieses Unternehmens in Soest zu ermöglichen.

In der Konkurrenz um Unternehmen und Arbeitsplätze muss unsere Stadt ihre Bemühungen deutlich verstärken. Die Gewerbeflächenvorhaltung muss einer langfristigen Konzeption folgen. Ein systematisches Vorgehen wird hier vermisst. Unsere Stadt braucht dringend die Ausweisung eines größeren Gewerbegebietes, das Unternehmen einen guten verkehrsgünstig gelegenen Standort bieten kann.

Leider liegt der Schwerpunkt der WMS mehr auf dem Veranstaltungssektor in der Stadt. Hier werden mit dem Weihnachtsmarkt und auch anderen größeren Ereignissen gute Akzente gesetzt. Leider gab es aber auch große Fehlschläge wie das Nena-Konzert in der Adam-Kaserne. Derartige Veranstaltungsrisiken darf unsere Stadt nicht mehr eingehen. Auch verschiedene Innenstadtpartys erscheinen eher fragwürdig und sind aus unserer Sicht eher überflüssig.

Die Parkraumsituation in unserer Innenstadt muss dringend überdacht werden. Zwar gibt es bei Zufahrt vom Norden her ein gutes Parkraumangebot. (Parkhaus Bahnhof, Parken nördlich des Bahnhofes, Parkplatz City-Center, Parkhaus Leckadum, Parkplatz nördlich Marienhospital, Kohlbrink, Gelände altes Hallenbad, Ressource). Bei Zufahrt aus dem Süden oder Westen sind in der Innenstadt nur die beiden privaten Tiefgaragen (Höggenstrasse,

Rewemarkt) und der Parkplatz im Grandweg vorhanden. Hier bedarf es nach Wegfall des Parkraums Petrikirchhof einer Erweiterung des Parkraumes, möglicherweise durch Aufbau eines Parkhauses auf dem Grandwegparkplatz

Dem Breitbandanschluss kommt heute die gleiche Bedeutung zu, wie einst der Erschließung der Region mit Straßen. Neben einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur wollen wir, schnellstmöglich eine hohe Abdeckung mit einfachem und schnellem Internetzugang erreichen.

## **5. Schule, Jugend und Sport**

Liberale setzen sich dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht jedem Menschen offen steht und Nachteile eines bildungsfernen Elternhauses ausgeglichen werden. Als eine Partei, die mehr Verantwortung für das eigene Leben erwartet als andere Parteien, ist es Ziel unserer Politik, die Befähigung zu einem eigenverantwortlichen Leben der Kinder und Jugendlichen zu fördern und mehr Chancengerechtigkeit zu verwirklichen.

Die passgenaue Förderung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ist unser Ziel. Dabei ist das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und damit Grundstein unseres Bildungskonzepts.

Die FDP lehnt den ideologisch geführten Streit um das dreigliedrige Schulsystem auf der einen Seite, oder der Einheits- oder Gesamtschule auf der anderen Seite, ab. Dieser Streit geht zu Lasten unserer Kinder. Gymnasien dürfen bei Lehrerstellen, Klassengrößen und dem Ausbau des Ganztagesangebots nicht gegenüber anderen Schulen benachteiligt werden.

Die in den vergangenen Jahren getroffenen Beschlüsse zur Soester Schullandschaft hat die FDP mitgetragen. Damit wurden sowohl den Notwendigkeiten der demographischen Entwicklung als auch dem klaren Trend gegen die Schulform Hauptschule Rechnung getragen. Die Einrichtung der Sekundarschule unterstützt die FDP Soest. Hier erwarten wir einen besonderen Schwerpunkt in einem berufsorientierten Angebot für die Schüler, die sich nach dem Schulabschluss für einen Weg in das duale Ausbildungssystem entscheiden. Dieses Orientierungsangebot ist für Sekundarschulen in anderen Bundesländern bereits wegweisend ein Muss.

Angebote zu offenem oder auch gebundenem Ganztags unterstützen die Soester Liberalen, solange gewährleistet ist, dass den Eltern die Möglichkeit einer Auswahl gegeben wird, um ihr familiäres Zusammenleben selbst gestalten zu können.

Die Soester Liberalen unterstützen zusätzliche Präventionsprogramme an Grundschulen zur Gesundheitsförderung und Sucht- und Gewaltvorbeugung. (z.B. Klasse 2000). Langfristig will die FDP alle Bildungsangebote im vorschulischen Bereich beitragsfrei anbieten.

Allerdings haben für uns der Ausbau der Plätze und eine höhere Qualität des Bildungsangebots Vorrang. Erst wenn jedes Kind einen Platz hat, an dem es optimal gefördert wird, wollen wir schrittweise die Beiträge senken und schließlich ganz abschaffen. Den Jugendlichen in Soest sollten Plätze zugewiesen werden, wo sie sich auch abends aufhalten können, ohne dass sie schnell wieder von dort vertrieben werden. Die Einrichtung von kostenlosen Hot-Spots für Internetzugang an diesen Plätzen unterstützen wir Liberale ausdrücklich.

Alle Kinder und Erwachsene mit oder ohne Behinderung sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Menschen mit Behinderungen sollen selbstverständlicher Teil in der Mitte der Gesellschaft sein und sich nicht überwiegend an gesonderten Orten aufhalten. Daher ist die Aufgabe der Inklusion ein wichtiges Vorhaben, das aber in wenig überzeugender Weise von der Landesregierung angegangen wird. Im Schulbereich setzen wir bei der Inklusion auf Qualität statt auf Tempo. Schulen, Lehrerinnen und Lehrer müssen optimal vorbereitet werden, um Kindern mit und ohne Förderbedarf

bestmöglich zu fördern.

Im Bereich Sport bedauern wir die leidige Diskussion über den Standort des Kunstrasenplatzes. Hier wird von anderen Fraktionen mit den Emotionen der Mitglieder der Soester Sportvereine schlechte Politik betrieben. Die Nutzung des neuen Kunstrasenplatzes muss allen Vereinen um den Standort herum zur Verfügung stehen.

Die FDP Soest möchte erneut die Diskussion um eine größere Mehrzweckhalle für die Soester Sportvereine in Gang bringen. Die Soester Ratsfraktionen sollten sich dieses Ziel gemeinsam setzen und die Verwaltung zu einem aktualisierten Konzept zur Schaffung dieser Einrichtung beauftragen.

## **6. Kultur**

Kultur stiftet Identität, trägt zu Verständnis, Respekt und Toleranz gegenüber anderen Kulturen bei und fördert Kommunikation in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist Quelle der Inspiration und der Innovation und damit Grundlage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Kunst und Kultur stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und wirken ein auf die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften.

Die Soester FDP unterstützt die Neuausrichtung des Morgner-Hauses in Richtung eines breiter aufgestellten Kunstmuseums. Die Kooperation mit der Familie Schroth und die damit verbundene Renovierung und Vergrößerung des Hauses ist eine einmalige Chance, die es zu ergreifen gilt. Dem Erhalt und der maßvollen Erweiterung des Kunstbesitzes der Stadt Soest ist durch Rat und Politik weiter zu unterstützen.

Die Entwicklung der Stadtbücherei in den letzten Jahren ist beispielhaft. Der eingeschlagene Weg verdient Anerkennung und ebenfalls weitere Unterstützung.

Das Stadtarchiv ist einer der besonderen Schätze unserer Stadt, den es zu bewahren gilt. Der Unterbringungsfrage ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sollte es nicht zu einer Kooperation mit dem Kreisarchiv kommen, präferieren die Soester Liberalen einen Umzug in das Gebäude der ehemaligen Brennerei Kleine. Dafür sprechen diverse Standortfaktoren.

Die Musikschule Soest leistet seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit im Bereich der musikalischen Ausbildung und Förderung unserer Kinder. Die Einrichtung hat es verdient, dass sie auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt wird. Aus dieser Verantwortung kann sich die Stadt nicht befreien. Gleichwohl gilt es, privatwirtschaftliches Engagement für die Musikschule zu entwickeln.

## **7. Für unsere Altvorderen**

In unserer Stadt lebt man gern, besonders unsere älteren Mitbürger. Der Trend, im Alter in die Innenstadt zu ziehen, ist ungebrochen. Da unterscheidet sich Soest sehr von anderen Städten. Leider werden die Hindernisse des Alltags für Senioren häufig vernachlässigt. Das Soester Pflaster ist weder für Rollstühle noch für Rollatoren gut geeignet. Bei Pflasterarbeiten müssen Teile der Wege der Innenstadt vermehrt mit geeignetem Pflaster und gut verfugt ausgestattet sein. Weiterhin sind vermehrt Sitzgelegenheiten zu schaffen, die unseren Altvorderen die Möglichkeit der kleinen Pausen eröffnen. Auch muss darauf geachtet werden, dass bei der Schaffung von Parkplätzen die Breite der Parkbuchten so groß ist, dass ein Ein- und Aussteigen problemlos möglich ist.

Kommentare oder Ergänzungswünsche bitte an: [kontakt@fdp-stadtverband-soest.de](mailto:kontakt@fdp-stadtverband-soest.de)